



**Kurs Europawahlen**  
Bericht vom Bundesparteitag  
Gastkolumne von Helmut Scholz  
Seite 7 und 4



**4 Anträge und was daraus wurde**  
Anträge unserer Fraktion zu Mindestlohn, IT, ÖPNV und Volksbegehren auf der Kreistags-sitzung am 13. März  
Seite 3

## Wir können Landrat – Gemeinsam packen wir's! DIE LINKE Nordwestmecklenburg mit eigenen Landratskandidaten



Etwas über 100 Mitglieder des Kreisverbandes DIE LINKE Nordwestmecklenburg trafen sich am 22. Februar im Bürgerschaftssaal des Rathauses Wismar, um das Programm zur Kreistagswahl und die Kandidatinnen und Kandidaten zu wählen.

Nach einer kurzen Eröffnungsrede des Kreisvorsitzenden Roy Rientidt, in der er einen Ausblick auf wesentliche Programmpunkte des Kreistagswahlprogramms gab, begründete er, warum der Kreisverband zu dieser Landratswahl einen eigenen Kandidaten präsentiert: „Wer bei dieser Wahl wirklich eine soziale Politik zum Wohle der Menschen will, der hat nun auch die Möglichkeit diese zu wählen. Nicht alles, was unter dem Banner „sozial“ angeboten wird, hat diesen Namen wirklich verdient. Das wissen wir und deshalb steht nun mit unserem Kandidaten eine Alternative zur Wahl.“

Der amtierende Fraktionsvorsitzende im Kreistag und stellv. Landesvorsitzende Björn Griese erklärte seine Bereitschaft, als Landratskandidat anzutreten. Björn (35) ist Politikwissenschaftler, er ist verheiratet, hat zwei Kinder und kommt aus Warin. Seit etlichen Jahren ist er in mehreren Politik-

ebenen zu Hause. Mehrere Jahre war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Bundestagabgeordneten Martina Bunge beschäftigt. Gegenwärtig erarbeitet er politische Konzepte und Ideen für DIE LINKE auf Landesebene.

In seiner Rede wies Björn darauf hin, dass er zwar kein Mann lauter, dafür aber klarer Worte sei, sowie jemand, der seinen Worten auch Taten folgen lasse. Im Kreistag war es DIE LINKE, die als erste einen Antrag auf Mindestlohn eingebracht hat; sie fordert 10 € für Aufträge, die der Kreis vergibt. Die SPD folgte kurz vor der Bundestagswahl halbherzig mit 8,50 € – danach jedoch kassierte die jetzige Sozialministerin diesen Beschluss, ohne vorher Bedenken zu äußern.

Björn betonte: „Das mag Politik sein, aber es ist weder sozial noch gerecht und schon gar nicht mein Stil, so mit Menschen umzugehen. Ich will als Landrat verlässlich und sozial sein. Klar bedarf es dazu auch einer besseren Finanzausstattung durch das Land, aber es braucht auch Ausgabendisziplin. Ich frage deshalb, ob es tatsächlich einer Investition von mehr als 7 Millionen Euro bedarf, um einen neuen Verwaltungssitz in Wismar zu bauen. Wir glauben es gibt auch

Alternativen – die Erhöhung der Kreisumlage ist es nicht. Wir werden uns als LINKE um den sozialen Bereich kümmern. Zwangsumzüge bei Hartz IV darf es nicht geben. Die Richtlinie des Kreises muss auf den Prüfstand.“ Auch die Idee des Sozialpasses werde er als Landrat weiter verfolgen. Björn wurde im anschließenden Wahlgang mit mehr als 90 % der Stimmen gewählt.

In den darauf folgenden Wahlgängen wurden für alle Bereiche der Kreistagswahl die Listen mit jeweils 12 Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt. Herausgekommen ist eine gute Mischung unterschiedlicher Altersgruppen, Berufe und politischer Prägungen, Menschen, die in ihrer Region fest verwurzelt sind und für eine soziale Politik stehen.

Mit diesen Listen, ist eine der wichtigsten Forderungen unseres Landratskandidaten an die Partei bereits erfüllt. Griese wünschte sich in seiner Rede „ein engagiertes und starkes Team, dass mit dem Kreistagswahlkampf seinen Wahlkampf unterstützt, denn...

Gemeinsam packen wir's!

So lautet das Motto dieses Wahlkampfes.

## Wir wollen Landrat werden!

Im Vorfeld unserer GMV zur Kandidatenbestimmung für die Kommunalwahlen vernahm man immer wieder den Wunsch, dass DIE LINKE nicht erneut abseits stehen, sondern einen eigenen Bewerber für den Landratsposten nominieren sollte. Die Spekulationen, ob sich ein Mutiger dafür finden würde, beendete Björn Griese am 22. Februar in einer couragierten Bewerbungsrede, die ihm von den Versammelten viel Zustimmung einbrachte.

Er verwies auf seine Erfahrungen als Vorsitzender unserer Kreistagsfraktion und erklärte, dass er als Landrat nicht lediglich Schulden verwalten und brav die Vorgaben der Landesregierung durchsetzen wolle, sondern dass er sich für eine bessere Finanzausstattung von Kreis und Kommunen einsetzen werde.



Landratskandidat  
**Björn Griese**  
Sozial. Gerecht. Kompetent.  
**DIE LINKE.**  
www.die-linke-nwm.de

Dabei wolle er sich an unserem anspruchsvollen Kommunalwahlprogramm orientieren. Er gehe zuversichtlich in den Wahlkampf und zähle auf die kraftvolle Unterstützung aller Mitglieder unserer Kreisorganisation getreu seinem Wahlmotto:

**Gemeinsam packen wir's!**

## ++ Wahlwerkstatt ++



Dietmar sprach zu aktuellen Geschehnissen auf der Krim, falsches Agieren auf beiden Seiten ... langjährige falsche Ostausdehnungspolitik der NATO ... Provokation Russlands ... Völkerrechtsbruch im Kosovo genauso wie jetzt auf Krim ... aber Antwort von USA/EU falsch ... Sanktionen verschärfen Lage ... undemokratisch zustande gekommene Übergangsregierung dürfe nicht unterstützt werden ... Diplomatie statt Konfrontation! Zudem erläuterte er die Zusammenhänge der großen Politik mit der Kommunalwahl ... Mindestlohn, Rente, Pflege/Gesundheit ... Unterstützung für LR-Kandidaten ...

## +++ Infostand +++

Am Infostand in Grevesmühlen vor dem Markt sammelte Simone Oldenburg Unterschriften für das Volksbegehren gegen die Gerichtsstrukturreform.



Gemeinsam mit Vertretern der Grünen, wurde am Infostand um Unterstützung für das Volksbegehren und für unsere Position gegen die Reform (und somit gegen die Degradierung des Grevesmühlener Amtsgerichts) geworben.



## Was macht denn Martina Bunge so?

Diese Frage höre ich des Öfteren. Hier die Antwort ...

Natürlich bin ich nach meinem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag kein a-politischer Mensch geworden. In der Gesundheits- und Sozialpolitik verfolge ich - die modernen Medien machen vieles möglich - alle einschlägigen Vorhaben der Großen Koalition.

Und es kommt, was nicht anders zu erwarten war. Für eine solide finanzielle Sicherung von Gesundheit und Pflege hat das Konzept einer Bürgerinnen- und Bürgerversicherung unter der Konstellation keine Chance - daher wohl auch ein CDU-Gesundheitsminister, damit die SPD nicht ganz das Gesicht verliert. Und so wird die Schiene von einseitiger Belastung der Versicherten und Griff des Finanzministers in die Gesundheitskasse weiter gefahren.

Der Pharmaindustrie wird die gerade eingeführte Kosten-Nutzen-Bewertung bereits im Umlauf befindlicher Medikamente erlassen - ein Geschenk zur Sicherung des Profits.

Bei der Pflege wird an dem privaten Pflege-Bahr nicht gerüttelt, obwohl inzwischen nicht nur DIE LINKE sagt: dieses Konstrukt ist nicht nur unsozial, sondern löst



keine einziges Problem. Pflegenotstand für immer mehr bedürftige Ältere und zu wenig Geld für die aufopferungsvoll Beschäftigten bleibt.

Und bei der Rente fragen mich schon viele im privaten Bereich und Freundeskreis, wie denn das mit der Rente ab 63 oder der besseren Anerkennung der Kindererziehungszeiten für sie konkret aussähe.

Ein Unding ist, dass sich die Kanzlerin von ihren 2009er Wahlversprechen, die Angleichung der Renten Ost an West als Dringlichkeitsaufgabe für die ersten zwei Jahre der vergangenen Legislatur zu behandeln, ganz verabschiedet hat. Unter Mitwirkung der SPD, von der neuen Ost-Beauftragten, Iris Gleicke, letzte Wochen bestätigt, ist daraus ein Prüfauftrag für 2017 geworden. Die Angleichung

der Rentenwerte und die Beseitigung der vielen anderen Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen ist eine überfällige Aufgabe für heute - wie viele werden das schon nicht mehr erleben... Gerade die Rentenüberleitung Ost ist doch ein sehr spezielles Gebiet - daher werde ich die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag auch weiter in der Sache beraten. Das Internet macht ja vieles unkompliziert möglich.

Natürlich sage ich nicht Nein, wenn mich Basisorganisationen oder Verbände, vor allem aus Rostock, wo ich ja seit ein paar Jahren wohne, derzeit fragen, ob ich ihnen mit meinen Erfahrungen nicht mal die aktuelle soziale Politik erläutern kann. Die Nordwestler sind da ruhiger geworden.

Aber in den nächsten Wochen ergibt sich ja die Möglichkeit, wieder vor Ort zu sein. Ich habe Björn Griese, meinem "Schützling", der gleich nach dem Studium in meinem Berliner Büro ins kalte Wasser der Großen Politik geworfen wurde, versprochen, bei seinem Wahlkampf für das Landratsamt aktiv behilflich zu sein. Also, wenn Ihr bzw. Sie eine Idee haben - nur her damit...

*In diesem Sinne verbleibt  
Martina Bunge*

## Besuch im vorweihnachtlichen Lübeck

Auf Einladung der BO Stockelsdorf machten sich einige Mitglieder der BO Neukloster am

14.12.2013 auf, um das vorweihnachtliche Lübeck zu besuchen.



Die Besichtigung des Lübecker Rathauses stand dabei als Erstes auf dem Programm.

Ein Genosse der Lübecker Bürgerschaft sowie die Vorsitzende der LINKEN in Lübeck führten uns fachkundig durch das backsteingotische Rathaus, das durch die Hansezeit sehr geprägt ist.

Es ist schon sehenswert, wie die Geschichte von Lübeck dokumentiert wird.

Interessant ist gewesen, dass sich frühere Verbindungen zwischen Lübeck und Neukloster über den ehemaligen Leiter des RZB Neukloster, Ernst Puchmüller, ergeben haben. Da kann man nur sagen: „Die Welt ist ein Dorf“.

Im Anschluss führten wir in den Fraktionsräumen der LINKEN einen intensiven Meinungsaustausch über die aktuellen Probleme der Zeit durch.

Ob Einführung des Mindestlohnes, Unterstützung alleinerziehender Mütter, Freizeitgestaltung der Kinder und Jugendlichen oder überfüllte Klassen an den Schulen, um nur einige zu nennen, zeigen uns, wir haben nach 24 Jahren Wiedervereinigung die gleichen Probleme.

Die bevorstehenden Wahlen, Europawahl und zusätzlich Kommunal-

wahl in Mecklenburg - Vorpommern, waren auch ein Diskussions-thema. Die Genossen aus Lübeck und Stockelsdorf versicherten uns, dass sie uns beim bevorstehenden Wahlkampf tatkräftig unterstützen wollen.

Der Tag klang mit einem heißen Eintopfen, das richtig durchwärmte, bei einer Genossin in Stockelsdorf aus.

Mit einem großen Dankeschön an alle Stockelsdorfer und Lübecker Genossinnen und Genossen für die herzliche Gastfreundschaft sowie mit den besten Wünschen für das Jahr 2014 begaben wir uns zu später Stunde auf den Heimweg.

*Dietmar Barnekow,  
BO-Vorsitzender*



## Anträge der LINKEN zu Mindestlohn, IT-Rekommunalisierung, ÖPNV-Sozialtarifen und Volksbegehren gegen die Gerichtsstrukturreform im Kreistag

Meine Fraktion hat auf der Kreistagssitzung am 13. März einen Prüfauftrag an den amtierenden Landrat zur Abstimmung gestellt, ob die anstehende Neuordnung im IT-Bereich der Verwaltung möglicherweise auch durch das neu gegründete gemeinsame Kommunalunternehmen „Kommunalservice Mecklenburg“ (KSM) übernommen werden könnte. Dieses Kommunalunternehmen übernimmt bisher die IT-Dienstleistungen für die Stadt Schwerin und den Kreis Ludwigslust-Parchim. Das Auftragsvolumen in NWM ist im Laufe der Jahre laut Auskunft der Verwaltung auf mittlerweile rund 1,9 Millionen Euro jährlich angestiegen. Durch diese vorgeschlagene Form der Rekommunalisierung bestünden tatsächlich Einspar- und Synergieeffekte durch die Kreisgebietsreform.

Im Kreistag begründete der amtierende Landrat, Gerhard Rappen, die gestiegenen Ausgaben mit der Neuanschaffung von Technik im Rahmen der Kreisgebietsreform und verteidigte den bisherigen Anbieter T-Systems. Allerdings konnten wir nachweisen, dass bereits vor der Kreisgebietsreform

von 2005 bis 2010 eine Kostensteigerung von rd. 300.000 Euro entstand und die Servicepalette beim KSM deutlich breiter ist. Mit Änderungen wurde unser Prüfauftrag angenommen.

Des Weiteren stand ein Dringlichkeitsantrag zum vor Kurzen gestarteten Volksbegehren gegen die Gerichtsstrukturreform zur Abstimmung. Für unseren Kreis wollten wir damit unsere Forderung zum Erhalt des vollwertigen Amtsgerichts in Grevesmühlen unterstreichen. Gespannt durfte man auf das Abstimmungsverhalten von SPD und CDU sein, welche in Schwerin die Reform gestalteten und sich vor Ort für den Standort Grevesmühlen stark machen.

Kurioser Weise sprach sich die SPD gegen die Dringlichkeit aus, da sich der Kreistag vor Monaten zum vollwertigen Amtsgericht in Grevesmühlen bekannt hatte. Nach meiner Logik hätte man dann allerdings unseren Antrag befürworten müssen, um das Volksbegehren gegen die Gerichtsstrukturreform zu unterstützen. Aber die SPD steckt in der Zwickmühle – in Schwerin hat sie die Reform be-

schlossen und in Grevesmühlen sammelt sie Unterschriften dagegen.

Beim Thema Nahverkehr gab es massive Kritik an der Kreisverwaltung, da bisher nichts Handfestes vorliegt und am 8. Mai der letzte Kreistag dieser Wahlperiode tagt. Unser Antrag zur Prüfung von Sozialtarifen im Rahmen der Erarbeitung des Nahverkehrsplans schien Herrn Rappen zusätzlich zu reizen, doch der Kreistag stimmt uns zu und machte den Weg frei für untermauerte Zahlen zu einem Sozialtarif.

Am spannendsten war jedoch die Debatte um den neuen gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen und der LINKEN zum Mindestlohn bei kreislichen Vergaben. Die vorherigen Initiativen in dieser Sache wurden erst von der Landrätin, Birgit Hesse, dann vom amtierenden Landrat, Gerhard Rappen nach Beschluss des Kreistages durch Widerspruch bzw. Beanstandung zurückgewiesen. Wir gingen davon aus, dass auch der neue Antrag die Mehrheit des Kreistags erhält und die Mehrheitsentscheidung diesmal auch akzeptiert wird. Die The-

matik ist zu wichtig, um sie weiteren politischen Taschenspielertricks zu opfern.

Auf Nachfragen im Kreisausschuss stellte der amtierende Landrat diesmal kurz vor der Kreistagssitzung den Fraktionen seine formalen Beweggründe gegen einen erneuten Antrag zur Verfügung. Leider führt er seine bisherige Linie fort und versucht, unterstützt vom CDU-geführten Innenministerium, Begründungen gegen die Rechtmäßigkeit des Antrages zu finden. Angeblich sei nur die Klage gegen seine Beanstandung zulässig. Wir mussten feststellen, dass die gesamte CDU lieber langwierige Gerichtsprozesse führen will, als sich inhaltlich mit uns auseinanderzusetzen. Wir schlugen den Kompromiss vor, den Antrag noch einmal zu vertagen und im Hauptausschuss einen Lösungsweg zu finden. Schließlich bekam der Mindestlohn schon zweimal die Mehrheit im Kreistag.

Von **Björn Griese**  
Fraktionsvorsitzender

## Internationaler Frauentag in...

### ■ Wismar

Der langjährigen Tradition folgend wurden auch in diesem Jahr wieder, anlässlich des Internationalen Frauentages, durch Mitglieder der Basisorganisationen unserer Partei, Nelken an Frauen unserer Stadt verteilt.

Einige kurze Gespräche über die Lebens- und Arbeitssituation der Frauen waren immer wieder gegeben. Die Fotos zeigen die Genossen Peter Vorbau und Uwe Boldt im Gespräch mit Einwohnerinnen Wismars.



### ■ Warin

Anlässlich des Internationalen Frauentages verteilten Wariner



Genossen, so wie in jedem Jahr, Blumen an die Frauen. Björn Griese, Andreas Spriewald, Mirko Krause, Wolfgang Schultheiß und Manfred Blank waren in der ganzen



Stadt unterwegs. Im Matratzenwerk, in den Arztpraxen und Einzelhandelsgeschäften, im Pflegeheim, in der Schule und den Kita's erhielten die Frauen Anerkennung. Frauen stemmen die Doppelbelastung von Beruf und Familie, sie kümmern sich um Familienangehörige Sie stecken zurück, wenn es um ihre eigenen Bedürfnisse geht,

bei der Karriere oder in ihrer Freizeit. Heute, am Frauentag, stehen die Frauen im Mittelpunkt. Frauen haben mehr verdient. Anerkennung an jedem Tag des Jahres, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, gleiche Chancen und vieles mehr.

### ■ Neukloster

In Neukloster waren es Dietmar Barnekow und Eckhardt Stelbrink,



die am 8. März mit einer roten Nelke zum Internationalen Frauentag gratulierten.

## Weiter-so - Deutsche Einheit schon 2085

Mit diesem „Tempo“ bei der Angleichung der Wirtschaftskraft des Ostens an den Westen gibt es gleichwertige Lebensverhältnisse 2085, fast hundert Jahre nach der Deutschen Einheit. Die Regierung setzt dennoch im Kern auf „Weiter so“. Das ist politisch inakzeptabel. Aus der Rede von Dietmar Bartsch in der Debatte zum Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit am 21. Februar 2014.

Ja um es klar und deutlich zu sagen, auch DIE LINKE freut sich über alle Fortschritte bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Wir freuen uns, wenn sich die Infrastruktur entwickelt, die Verkehrswege, die Kommunikationswege. Im Osten gibt es international anerkannte Hochschulen, Universitäten, Forschungseinrichtungen. Es gibt wunderbare Beispiele beim Städtebau, beim Stadtumbau. Da haben wir aus der Opposition und mit den Ländern dafür gesorgt, dass die Kürzungen, die Herr Ramsauer immer wollte, nicht eingetreten sind.

Auf diese Leistungen können die Menschen stolz sein, besonders die Menschen in den neuen Ländern.

Aber zur Realität im Osten im Übrigen auch im Westen zählt im Jahre 2014 auch, dass in oft fabelhaft sanierten Städten viele Läden leer



stehen. Dazu zählt auch, dass wir überall weltberühmte Künstler engagieren, aber dass es viele Eltern gibt, die den Kinobesuch ihrer Kinder nicht bezahlen können.

Die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse ist eben nicht nur eine Erfolgsgeschichte.

Es wiegt besonders schwer, dass seit 1992 in den neuen Ländern die Zahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze um 17,5 Prozent, nämlich um 1,2 Millionen, gesunken ist. Im gleichen Zeitraum ist in den alten Ländern die Zahl dieser Beschäftigungsverhältnisse um 5 Prozent gestiegen.

Bei den Löhnen und Gehältern hat sich der Unterschied zwischen Ost und West seit Mitte der 90er-Jahre nicht wesentlich verändert.

Die Vermögensungleichheit ist

geblieben. Haushalte im Osten verfügen im Schnitt nur über 42 Prozent des Vermögens von Haushalten im Westen.

Damit gleichwertige Lebensverhältnisse entstehen können, muss die Wirtschaftskraft der Ostländer wachsen. Gut messbar ist das an der Kennziffer Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung.

Von 2001 bis 2012 hat sich der Abstand dieser Kennziffer alle drei Jahre um 1 Prozent verringert. Wir sind jetzt bei 75,5 Prozent des Westniveaus.

Wenn wir die Aufholjagd mit diesem „rasanten“ Tempo fortsetzen, dann gibt es 2085 gleichwertige Verhältnisse fast 100 Jahre nach Herstellung der deutschen Einheit!

Die Bundesregierung hat nicht einen einzigen Vorschlag gemacht, wie das wirklich geändert werden soll, sie setzt im Kern auf ein Weiter-so.

Nun noch zu einem Thema, bei dem mich etwas besonders stört, zur Mütterrente. Wir alle wissen: Ostmütter bekommen für ein Kind, das vor 1992 geboren ist, 25,74 Euro. Bei Westmüttern sind die Kinder wertvoller; dafür gibt es nämlich 28,14 Euro.

Wir sagen ganz klar und deutlich: Jedes Kind muss auf dem Rentenkonto gleich viel wert sein, egal ob es 1958 oder 2012, ob es in Schwerin oder in München gebo-

ren ist.

Die deutsche Einheit muss neu verstanden und politisch auch anders gestaltet werden. Der Aufbau Ost als Nachbau West ist letztlich gescheitert. Wir brauchen eine gezielte Struktur- und Regionalpolitik, neue Wege müssen erprobt werden und die Erfahrungen des Ostens in ganz anderer Weise aufgegriffen werden.

In dieser Legislatur muss ein Solidarpakts III verabschiedet werden, der nach 2019 in Kraft tritt. Dabei muss es darum gehen, strukturschwache Regionen in Ost und in West zu fördern.

Und wir müssen die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen insgesamt neu regeln. Eine Föderalismuskommission III ist angesagt. In diesem Kontext wäre es sinnvoll, liebe Kolleginnen und Kollegen aus Bayern und Hessen, wenn die Klagen zurückgezogen würden.

Ganz klar und eindeutig: Die Rückstände des Ostens im Hinblick auf gleichwertige Lebensverhältnisse müssen gezielt und vorrangig überwunden werden.

Das darf nicht irgendein Punkt der Wirtschaftspolitik oder im Wirtschaftsministerium sein.

Von Dietmar Bartsch

## Europapolitik ist Kommunalpolitik



Am 25. Mai sind die Wählerinnen und Wähler aufgerufen, neben ihren Vertretern vor Ort und in den Kreistagen auch ihre Abgeordneten für das Europaparlament zu bestimmen. Beide Wahlkämpfe zur gleichen Zeit zu absolvieren, ist Anstrengung und Herausforderung zugleich.

Aus meiner Sicht muss es die Hauptaufgabe linker Politik sein, jetzt im Wahlkampf, aber auch darüber hinaus, deutlich zu ma-

chen, welche konkreten Auswirkungen europäische Politik vor Ort hat.

Über 80 Prozent aller kommunalrelevanten Gesetze und Verordnungen werden von der EU beschlossen. Sie greifen in fast alle Politikbereiche der Kommunalpolitik ein und müssen direkt vor Ort in den Städten und Gemeinden umgesetzt werden. Die erste erfolgreiche europäische Bürgerinitiative Right2Water, die sich gegen die Privatisierung der Wasserver- und Abwasserentsorgung ausgesprochen hat, ist ein gelungenes Beispiel wie beide Ebenen miteinander verknüpft werden können. Ein tendenziell anti-europäischer Kurs führt uns nicht nur strategisch mit

Blick auf die kommenden Wahlkämpfe ins Abseits, er würde auch dafür sorgen, dass wir Gestaltungsmöglichkeiten aus der Hand geben.



Kontakt:  
Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 6F243  
B-1047 Brüssel, Belgien  
Tel.: 0032-228-47893  
Fax: 0032-228-49893  
helmut.scholz@europarl.europa.eu

## TTIP: Unterschriftenaktion zur Europawahl gestartet

In Brüssel findet die 4. Verhandlungsrunde über das Freihandelsabkommen zwischen Europäischer Union und USA (kurz: TTIP) statt. DIE LINKE macht das TTIP aus diesem Anlass in der Fragestunde des Bundestags zum Schwerpunkt und protestierte gegen das Abkommen. Sie unterstützt zudem die Petition des Bündnisses "TTIP unfairhandelbar" zur Europawahl. Die Kandidat\_innen der LINKEN zur Europawahl haben bereits geschlossen ihre Unterstützung erklärt. Unterschriftenlisten kann man sich aus den Internet heruntergeladen.

**TTIP**  
unfair  
handelbar



## Die Kinder sind der Mittelpunkt der Bildung

Lehrermangel in Mecklenburg-Vorpommern – und DIE LINKE wirbt um zukünftige Lehrerinnen und Lehrer.

**Herzlich willkommen –  
Lehrer/in werden in MV**

**Nele, 13 Jahre, mit „Klasse-Anhang“, sucht nach großer Enttäuschung beim letzten Zeugnis tolle Deutschlehrerin mit Herz und Verstand für gemeinsamen Neuanfang. Spätere Klassenleitertätigkeit nicht ausgeschlossen.**

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Landtag  
Mecklenburg-Vorpommern

Bewerbungen an:  
Ministerium für Bildung, Wissenschaft und  
Kultur Mecklenburg-Vorpommern  
Abteilung 2 • Referat 202 • Werderstraße 124 • 19055 Schwerin

Am 17. Februar startete, begleitet von einer großen Resonanz, unsere Plakataktion „Ein herzliches Willkommen – Lehrer/in werden in MV“.

Einerseits trägt dieser Lehrermangel dem Geburtenrückgang in den 90er Jahren Rechnung, zu viele Lehrkräfte für zu wenig Schülerinnen und Schüler. Lehrkräfte arbeiteten Teilzeit, suchten sich in anderen Bundesländern Schulen, in denen sie willkommen waren.

Andererseits ist diese Unkultur der miserablen Bildungspolitik der vergangenen Jahre geschuldet. Es hat sich, neben den sich verschlechternden inhaltlichen und pädagogischen Rahmenbedingungen, ein oberflächlicher und arroganter Umgang mit den Lehrkräften entwickelt, der sich jetzt rächt.

Dieses Nichtwillkommensein spüren die Lehrerinnen und Lehrer in ihren Arbeitsbedingungen und im Ton, der ihnen scharf ins Gesicht bläst. So initiiert man kein Bleiben und erst recht kein Kommen.

Wann hatte eine Lehrerin oder ein

Lehrer in den vergangenen Jahren die Chance, sich ihrer oder seiner eigentlichen Aufgabe, dem Unterrichten, Bilden und Unterstützen der Mädchen und Jungen, zu widmen?

Lehrkräfte verwalten, organisieren und übernehmen all jene Aufgaben, die der Staat durch die inkonsequente und gefährliche Politik nicht mehr wahrnimmt.

Jede Veränderung im Bildungssystem, jeder sogenannte Modellversuch hatte niemals die Kinder im Blick, niemals die Förderung der Lütten und die Begleitung der Großen, sondern war getrieben vom Spitzzwang.

Unsere Kampagne stellt die Kinder in den Mittelpunkt. Wir streiten für bessere Unterrichtsbedingungen, für ein individualisiertes Lernen. Denn wenn sich Bildungspolitik an den Interessen und Bedürfnissen

der Schülerinnen und Schüler ausrichtet, dann haben auch die Lehrkräfte bessere Arbeitsbedingungen.

Wir werben um Lehrkräfte, weil unser Land Schulen braucht, die das Lernen, Entdecken und Motivieren der Kinder und Jugendlichen ins Zentrum politischer Entscheidungen und pädagogischer Arbeit stellen.

Die Kinder haben ein Recht auf Bildung, ein Recht auf einen anerkannten Schulabschluss.

Die Schülerinnen und Schüler brauchen Deutsch-, Mathematik- und Biologielehrkräfte und keine Verwaltungsfachangestellten oder Showmaster.

Wer die Neugierde und die Motivation der Kinder im Blick hat, der kann erfolgreich Bildungspolitik gestalten.

*Von Simone Oldenburg*

## Doppelte Standards

Demokratie ist gut – aber nicht immer. Die westlichen Alleinvertreter der Demokratie können nicht akzeptieren, wenn bei einer Wahlbeteiligung von 83% fast 97% der Bevölkerung eine Entscheidung treffen, die nicht in ihr Konzept passt. In diesem Fall das Votum der Krim zum Anschluss an Russland.

Dabei waren sie es selbst, die die Situation durch den Sturz der legitim gewählten Regierung der Ukraine beigeführt hatten.

Selten haben ausländische Politiker sich so offen in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates eingemischt. Hochrangige Politiker eine Vielzahl von Beratern der EU und der USA forderten gemeinsam mit Demonstranten den Sturz einer nach westlichem Muster gewählten Regierung.

Das wurde letztlich durch einen bewaffneten faschistischen Putsch auch erreicht. Obwohl der Putsch die Verfassung verletzt und allen demokratischen Regeln widerspricht, wurde er von den europäischen und amerikanischen Demokraten begrüßt. Sie waren schließlich die Organisatoren.

Wen störte es schon, dass es bewaffnete Nationalisten und Fa-

schisten waren, die durch Gewaltanwendung den Umsturz durchsetzen. Sie stellen 4 Minister der neuen Regierung, den Oberstaatsanwalt und dominieren den Sicherheitsbereich. Nicht nur für Steinmeier sind es akzeptable Partner.

Neben dem gemeinsamen Ziel, die Ukraine aus russischer Einflusssphäre herauszubrechen, hatten die USA und die EU durchaus eigene Ambitionen.

Während es der EU um die Ausweitung ihres Einflusses und die reichen Rohstoffe des Donezbeckens geht, liegt der Schwerpunkt der USA-Interessen mehr im geopolitischen und militärischen Bereich, obwohl Monsanto auch an den großen Feldern der Ukraine interessiert ist. Man versprach sich von einer US treuen Regierung längerfristig die Kündigung des russischen Militärstützpunktes auf der Krim, um den Zugang Russlands zum Schwarzen Meer und damit zum Mittelmeer zu unterbinden. 5 Mrd. Dollar hatten die USA langfristig in die Installation einer ihr hörigen Regierung in Kiew investiert.

Als der russische Präsident ein Stoppzeichen setzte und klar machte, dass die EU und die USA nicht allein auf der Welt sind, reagierten Politiker und Medien aus

EU und USA hysterisch, riefen nach Sanktionen und bauten eine militärischen Drohkulisse auf. Es entsprach der Angst, die schon sicher geglaubte Beute teilweise wieder zu verlieren. Es scheint, dass sie bei der Planung des Umsturzes in der Ukraine mögliche Folgen und Gegenreaktionen gar nicht erst eingeplant hatten. Hier offenbart sich ein Realitätsverlust der politischen Führer, der sehr gefährlich ist und Angst macht.

Wenn auch der Anschluss der Krim an Russland nicht zu verhindern ist, wird das vorhandene Gewaltpotential gebraucht, die anderen Ziele zu sichern. Die faschistischen Nationalisten der Westukraine verfügen darüber. Ihre seit den 90ziger Jahren existierenden bewaffneten faschistischen Milizen erhielten durch das Gesetz zur Gründung einer Nationalgarde den Status von regulären

Truppen. Verstärkt werden sie seit Anfang März durch Mitglieder des berüchtigten US-Sicherheitsfirma Blackwater, die bereits Anfang März in den Straßen der ukrainischen Stadt Donetsk gesichtet wurden, darunter US Bürger.

Auch US-Soldaten sind in der Ukraine eingetroffen, die für Logistik an der Ostgrenze sorgen sollen.

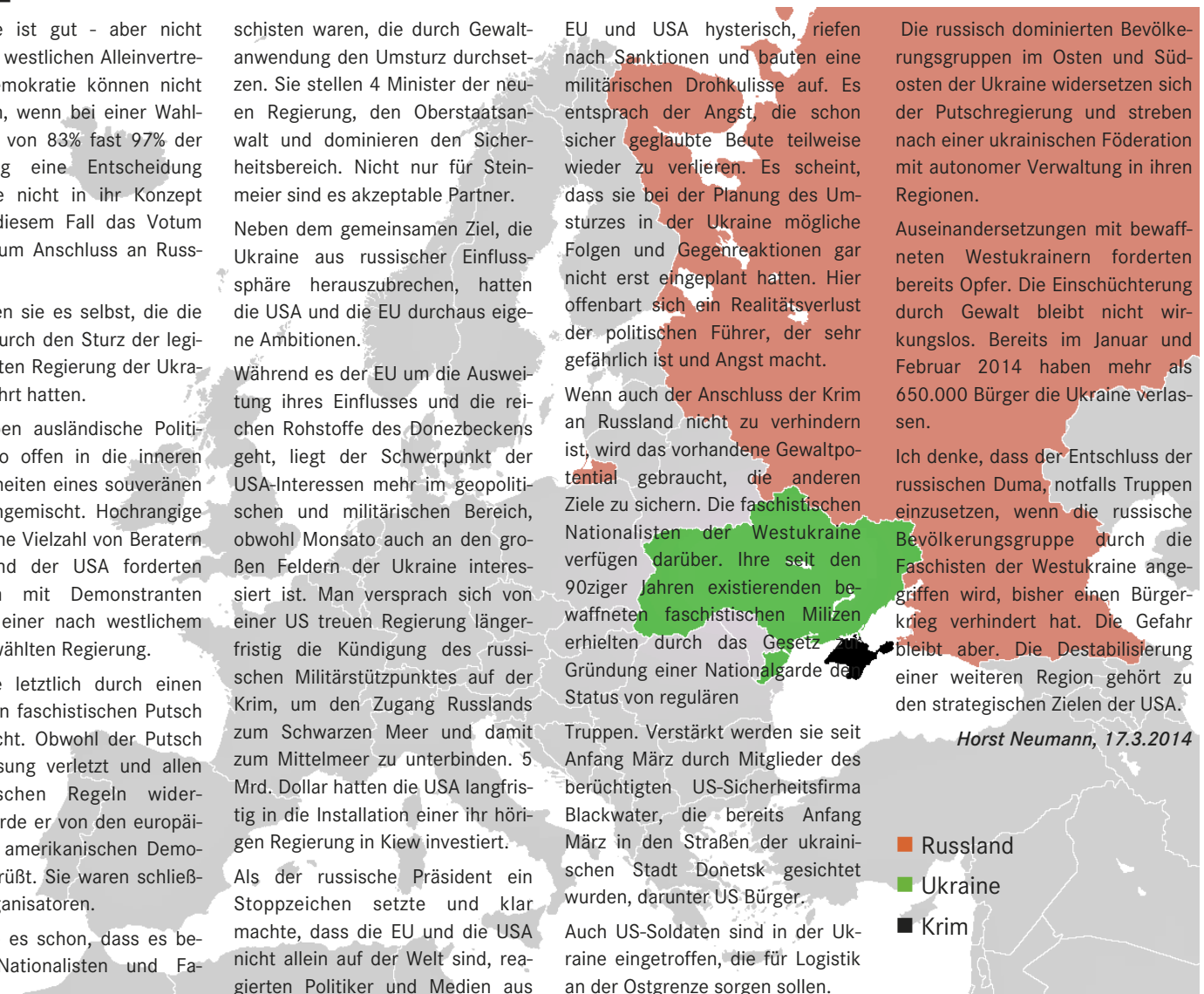
Die russisch dominierten Bevölkerungsgruppen im Osten und Südosten der Ukraine widersetzen sich der Putschregierung und streben nach einer ukrainischen Föderation mit autonomer Verwaltung in ihren Regionen.

Auseinandersetzungen mit bewaffneten Westukrainern forderten bereits Opfer. Die Einschüchterung durch Gewalt bleibt nicht wirkungslos. Bereits im Januar und Februar 2014 haben mehr als 650.000 Bürger die Ukraine verlassen.

Ich denke, dass der Entschluss der russischen Duma, notfalls Truppen einzusetzen, wenn die russische Bevölkerungsgruppe durch die Faschisten der Westukraine angegriffen wird, bisher einen Bürgerkrieg verhindert hat. Die Gefahr bleibt aber. Die Destabilisierung einer weiteren Region gehört zu den strategischen Zielen der USA.

*Horst Neumann, 17.3.2014*

■ Russland  
■ Ukraine  
■ Krim



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

**Mi. 07. Mai 19 Uhr***Buchvorstellung und Gespräch***Herrmann Kant.****Nicht ohne Utopie****mit der Autorin Dr. Linde Salber, Köln**

Ort: Gadebusch, Siehe Tagespresse

**Do. 22. Mai 19 Uhr***Buchvorstellung und Gespräch***Rotes Grün. Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft****mit Dr. Hans Thie**

Ort: Filmbüro, Bgm.-Haupt-Str. 51-53, Wismar

**Do. 22. Mai 19 Uhr****"... sich fügen heißt lügen"***Ein lit.-musikalscher Abend zu Ehren von Erich Mühsam, vertont und gesungen von Isabel Neuenfeld*

Ort: Volkskundemuseum, An der Kirche 8/9, Schönberg

In Kooperation mit Mühsamgesellschaft u. Volkskundemuseum

**Jeannine Rösler neue Vorsitzende des kommunalpolitischen Forums**

Zwei Monate vor den Kommunalwahlen fand die Mitgliederversammlung des kommunalpolitischen Forums Mecklenburg-Vorpommern in Marlow statt. Die bisherige Arbeit des LINKE-nahen Vereins wurde selbstkritisch bilanziert und der Kurs für die Zukunft bestimmt.

Unsere stv. Landesvorsitzende, Jeannine Rösler, wurde einstimmig zur neuen Vorsitzenden gewählt. Die Geschäftsführerin der Linksfraktion in der Stadtvertretung Schwerin, Anja Schwichtenberg, ist nun Schatzmeisterin des Vereins. Herzlichen Glückwunsch!

**Meine Ansprüche an die Partei DIE LINKE (3)**

Lutz Tannhäuser fordert uns auf, die unterschiedlichen Sichten und Erwartungen auf Vergangenheit und Anspruch der Partei hier weiter zu diskutieren. Das halte auch ich für wichtig. So wird es ihn nicht überraschen, dass ich manches anders sehe. So, wenn er schreibt:

„DIE LINKE hat meiner Meinung nach allen Grund, sich von dem im Realsozialismus gültigen und von der Sowjetunion übernommenen marxistisch-leninistischen Parteibild zu distanzieren“.

Da melde ich Widerspruch an, schon, weil ein Pauschalurteil eine differenzierte Betrachtung verhindert. Wenn eine starke zielklare Organisationsstruktur fehlt, die die Führung übernimmt, kommen revolutionäre Bewegungen nicht über eine Rebellion hinaus. Der Erfolg bleibt aus. Darin besteht gegenwärtig das Problem der großen Volksbewegungen in Nordafrika.

Die führende Rolle einer marxistischen Partei war eine Grundvoraussetzung nicht nur für den unmittelbaren Sieg der Oktoberrevolution sondern auch für den Aufbau einer alternativen Gesellschaft zum Kapitalismus mit seinen Kriegen. Die Notwendigkeit einer starken Führung im Klassenkampf ergibt sich aus dem hohen Organisationsgrad des Klassengegners und der Härte dieses Kampfes, der letztlich auf Leben und Tod geführt wird. Auch wenn der Klassenkampf-begriff aus der Öffentlichkeit verbannt wurde, wird der Klassenkampf von der herrschenden Klasse erbarmungslos weitergeführt, wie an der enormen Umverteilung

des gesellschaftlichen Reichtums abzulesen ist.

Das bestätigen sie selbst. Ein amerikanischer Milliardär bekannte 2006 offen: „Natürlich führen wir einen Klassenkampf und gewinnen ihn...“.

Berthold Brecht schreibt in seinem Gedicht an die Nachgeborenen: „Die wir den Boden bereiten wollten für Freundlichkeit konnten selber nicht freundlich sein.“ Der italienische Philosoph Domenico Losurdo betont, dass diejenigen, die nicht in den »Genuss des Regierens« kommen, in der Reinheit ihrer Forderungen bequem bleiben können und sich nicht an den Anforderungen der Realität messen lassen müssen. Sie sind nie in die Verantwortung gekommen, in der Realität einen sozialistischen Staat aufbauen zu müssen, mit all den ungeheuren Herausforderungen.

Der DDR wird ein Mangel an Demokratie vorgeworfen, mit Recht, wenn man die bürgerliche (Parteien) Demokratie zum Maßstab nimmt. Lenin verwies auf den Klassencharakter dieses Begriffs.

Das Wesen der sozialistische Demokratie bestand in der Balance zwischen Zentralismus und kritischer Mitbestimmung, zugegebenermaßen ein schwieriger Balanceakt. Er gelang nicht, da eine Verschiebung immer stärker zu Gunsten des Zentralismus erfolgte. In diesem Zusammenhang ist Kritik an mangelnder Demokratie berechtigt.

Hiermit allerdings Stalins Verbrechen an den eigenen Mitkämpfern zu begründen, ist für mich nicht

haltbar. Diese Verbrechen sind in der Person begründet und nicht im System.

Was den Marxismus anbelangt, wurde immer mal wieder gesagt, er sei überholt. Vom wem, fragte ein fürwitziger Zeitgenosse. Lenin hatte das theoretische Erbe nicht als Sonntagspflicht angesehen, sondern im Rahmen der Tagesarbeit fortwährend gesichtet, gesiebt und für aktuelle Praxis aufbereitet.

In dieser Art mit dem Marxismus und mit Lenins Erkenntnissen umzugehen, bringt auch heute Gewinn. Für mich persönlich sind die marxistischen Grundlagen für die Analyse der vielfältigen Geschehnisse in der Welt heute unverzichtbar.

Die aktuelle Situation der Linken und ihre weitere Entwicklung betrachte ich mit Sorge. Die beiden Flügel der Partei, repräsentiert durch das Forum der demokratischen Sozialisten und einer Vielzahl linker Plattformen und Strömungen haben zwar im gültigen Programm einen Kompromiss gefunden, arbeiten aber kaum auf dieser Grundlage, sondern blockieren sich eher. Das schwächt die Partei und mindert ihre Außenwirkung. Es ist noch nicht gelungen, die Potenzen, die diesem pluralistischen Projekt innewohnen, effektiv zu machen.

Auf dem Hamburger Parteitag wurde das konsequente Streben des FdS nach Dominanz in der Partei deutlich. Gelingt dies, sehe ich längerfristig kaum eine Perspektive für DIE LINKE.

Horst Neumann



Die AG Senioren hatte Dietmar Bartsch zu einer Gesprächsrunde eingeladen. Lebhaft wurden Argumente ausgetauscht. Es wurde beklagt, dass zu wenig für die allgemeine Schulung der Parteimitglieder getan wird. Es bleibt oft zu wenig Raum für Diskussionen. Es wurde beklagt, dass unsere Partei zu wenig in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

der WELLENBRECHER

Herausgegeben vom:  
Kreisverband**DIE LINKE.**  
NORDWESTMECKLENBURG

Am Schilde 7a, 23966 Wismar

Redaktion:

Sonja Bahlk, Helga Brauer, Horst Neumann, Horst Krumpfen, Eckhardt Stelbrink, Lutz Tannhäuser, Peter Vorbau und Frank Wuttke

Kontakt:

Fon: (03841) 28 35 55  
Fax: (03841) 20 19 79  
Mail: info@die-linke-nwm.de  
Internet: www.die-linke-nwm.de  
Nächster Redaktionsschluss: 15. Mai



## Europa geht anders, sozial, friedlich, demokratisch

### Bericht vom Bundesparteitag und Bundesvertreterversammlung in Hamburg



Mit Spannung und in Vorfreude auf das, was mich wohl erwarten würde, machte ich mich als Delegierter unseres Kreisverbandes auf den Weg nach Hamburg ins CCH. Da ein langes und volles Programm auf uns wartete, musste ich am Samstag schon sehr früh aufbrechen, was mir bei der Anreise den Stau ersparte. Bei meiner Ankunft erwarteten mich ein gut vorbereiteter Anmeldebereich und eine Menge an Unterlagen. Überlagert wurde die Veranstaltung von der vorangegangenen Diskussion über die Ausrichtung des Europawahl-

programms, mit dem wir zur Wahl antreten wollen. Ganz persönlich teile ich die Äußerungen unseres Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi und trage den gefundenen Kompromiss mit. Ein Wahlprogramm sollte eine Einladung an die Wählerinnen und Wähler sein, uns zu wählen und auch eine klare Aussagen beinhalten, was wir an den herrschenden Verhältnissen in Europa verändern wollen. Nur wenn wir bereit sind, uns für ein anderes, sozialeres, friedliches Europa zu engagieren und klar machen, wie wir diese Politik um-

setzen wollen, sehen die Wählerinnen und Wähler auch einen Grund, ihr Kreuz bei uns zu machen. Neben den bemerkenswerten Reden von Gregor Gysi, Bernd Riexinger und anderen gab es zu Beginn des Parteitages ein viel beachtetes Grußwort vom Sprecher der Flüchtlinge aus Lampedusa in Hamburg. Leider besaßen weder der Hamburger Bürgermeister noch ein offizieller Vertreter des SPD-Senats den sonst üblichen Anstand zu einem Grußwort. Als kulturellen Beitrag gab es eine sehr zum Nachdenken anregende Tanz- und Gesangeinlage zur Entwicklung Europas, einer Geschichte von Krieg und Entwicklung; – mein Fazit daraus: Wir als LINKE sollten jetzt erst recht den – im übertragenen Sinne – Stier bei den Hörnern packen und für ein friedliches Europa im Parlament kämpfen. Dazu bereit war bei der Listenaufstellung eine breite Auswahl von guten Kandidatinnen und Kandidaten, so dass die Auswahl

nicht leicht fiel. Unter der Führung von Gabi Zimmer treten wir mit einem engagierten Team aus jungen und aus erfahrenen Kandidatinnen und Kandidaten an. Sie können sich auf ein nach langer Debatte und engagierten Diskussionen verabschiedetes ausgewogenes Programm stützen. Der Parteitag arbeitete bis kurz vor Mitternacht und am Sonntag ging es schon sehr früh weiter, so konnte der Zeitplan eingehalten werden. Noch unter dem Eindruck der lebendigen Debatten und engagierten inhaltlichen Diskussionen und auch der Vielfalt der politischen Herangehensweise unserer Mitglieder, mit der sie ein breites politisches Spektrum abdecken, konnte ich mich gegen 16 Uhr auf den Heimweg machen.

*Horst Krumpen  
Delegierter zum BPT und zur  
Europawahlversammlung*

## Friedensdemonstration in Wismar



Mahnwache am 11. März vor dem Rathaus in Wismar in stillen Gedenken an die Opfer der Atomkatastrophe vor drei Jahren.

Auch 2014 ruft die Friedensinitiative Wismar wieder zum "Ostermarsch" auf. Er findet diesmal am Ostersamstag, dem 19. April, statt. Start ist um 11 Uhr vom Weidendamm, wo Auswärtige auch ihre Fahrzeuge abstellen können. Die Marschroute geht durch Straßen der Altstadt zum Marktplatz, wo uns Volksküche und Musik erwarten.

Hier findet ab 12 Uhr die zentrale Kundgebung gegen Krieg und Waffenexporte statt; Hauptredner wird Monty Schädel, der politische Geschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegs-

dienstgegner (DFG-VK) sein.

**Das diesjährige Motto ist:**  
„Militarisierung stoppen!“

Der Ostermarsch hat sich von Beginn an gegen die Verletzung der Menschenrechte weltweit und gegen staatliche Willkür bei Aufrüstung und Kriegshandlungen gerichtet. Bereits in den 1950-er Jahren haben britische Atomwaffengegner ihren Protest auf die Straße gebracht. In den 60-er Jahren griff die Friedensbewegung der BRD diese Protestform auf und zwischen 1979 und 1983 erreichte sie im Protest gegen Neutronenbomben und die Aufrüstung mit

Mittelstreckenraketen einen Höhepunkt.

Die Internationale der Kriegsdienstgegner formulierte die Selbstverpflichtung aller Friedensaktivisten: der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin deshalb entschlossen, keine Art von Krieg, weder direkt noch indirekt, zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

Schon 1958 marschierten rund 10.000 Menschen zum britischen Atomforschungszentrum und noch heute stehen der totale Verzicht auf Atomwaffen und die weltumfassende nukleare Abrüstung an erster Stelle. Drohnenkriege, Kampfeinsätze außerhalb Europas und eine aggressive Politik der EU zur Sicherung der Rohstoffe weltweit kommen hinzu. Afghanistan, der völkerrechtswidrige Krieg gegen Jugoslawien und jetzt Mali sind Stationen auf diesem verhängnisvollen Wege.

Heute spricht unser Staatsoberhaupt davon, dass Deutschland zu groß sei, um sich aus der internationalen Krisenbekämpfung herauszuhalten, notfalls auch mit militäri-

schen Mitteln. Dem halten wir entgegen: Deutschland ist groß genug, um erster Kriegsdienstverweigerer unter den Völkern zu werden. Nach Artikel 26 GG sind Angriffskriege verfassungswidrig und strafbar. Krieg ist grundsätzlich nur zur Verteidigung zulässig. Wir bejahen die Übernahme von mehr Verantwortung in der Welt, aber nicht für den Krieg, sondern für den Frieden. Wir wollen Menschen integrieren, nicht erschlagen

Jeder Einzelne hat die Macht, zu einer Mehrheit zu werden. Keine Partei, keine wie auch immer ausgerichtete Gruppierung ist der Motor der Friedensbewegung. Die Ostermärsche sind eine Kampagne Einzelner innerhalb der Friedensbewegung, denen sich jeder Friedensbewegte anschließen kann.

Wir fordern: Schluss mit Bundeswehreinheiten im Ausland, Abrüstung anstatt Kampfdrohnen, keine deutschen Waffenexporte und für unsere Kinder Friedenserziehung im Unterricht, – also „Schulfrei für die Bundeswehr!“ Diese Forderungen sollen beim Ostermarsch mit Transparenten und Bannern verdeutlicht werden. Wir fordern Frieden!

*Michael Deppe*

## Du wirst uns fehlen!



Ein Kämpfer hat aufgehört zu schlagen und das ist keine Floskel aus alten Zeiten.

**Wolf Koschitzke** aus Warin war ein Kämpfer, zuletzt viele Jahre gegen die böse Krankheit und immer noch für DIE LINKE, für seine „Genossenschaft“ und seine Familie.

Ich lernte Wolf 1993 kennen als wir den Kreisverband der PDS Nordwestmecklenburg gebildet hatten und er im Kreisvorstand und in der Kreistagsfraktion engagiert seine Geradlinigkeit einbrachte. Immer war er besorgt, wenn in der Partei mal wieder alles schief zu laufen schien. Dann haben wir telefoniert, uns ausgetauscht und darin bestärkt, dass wir die Basis sind, auf die es ankommt.

Jedes Jahr am 1. Mai war in Warin viel los am Sportplatz, ein richtiges Volksfest mit politischen Inhalten. Daran hatte Wolf großen Anteil.

Am Jahreswechsel 2013 haben wir noch mal lange telefoniert und Wolf ermahnte mich, doch mehr an meine Gesundheit zu denken und ob es denn wohl richtig wäre, dass ich noch einmal für den Kreistag kandidiere. Ich denke meine Entscheidung war richtig, weil wir doch alle die Pflicht haben, die Lücke, die Wolf hinterlässt zu schließen.

Den aufrechten Gang musste Wolf nach der Wende nicht lernen, den hatte er immer. Gern werden wir uns an Wolf erinnern als unseren Genossen, der uns fehlen wird.

*Luise Krüger*

## Der Freundeskreis Rosa Luxemburg informiert

Die für den 28. April geplante Vorstellung des Buchs "Der Europäische Traum und die Wirklichkeit" im Filmbüro Wismar fällt aus. Die Veranstaltung wird auf den Monat September verschoben; der genaue Termin wird noch bekanntgegeben.

**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG**

*Lutz  
Tannhäuser*

## Friedenskonferenz



Am 26. April findet in Wismar im TGZ die Friedenskonferenz der LINKEN 2014 statt.

Die Tradition der früheren Ostsee-Friedenskonferenzen mit breiter internationaler Beteiligung aufnehmend, fand im letzten Jahr die Rostocker Friedenskonferenz statt. Es gab interessante Beiträge u.a. von den Bundestagsmitgliedern Paul Schäfer, Steffen Bockhahn und Dr. Dietmar Bartsch sowie vom Europaabgeordneten Helmut Scholz zu den Themen Frieden, Bundeswehreinsätze im Innern und Konversion.

2014 wollen wir diese Tradition in Wismar fortführen. Das Thema 100. Jahrestag des Beginns des 1. Weltkrieges wird eine Rolle spielen, genauso wie ganz aktuelle außenpolitische Themen, wie der Krim-Konflikt. Wie im Vorjahr wird es auch diesmal am Vormittag ein Plenum mit Diskussionsbeiträgen und am Nachmittag mehrere Arbeitsgruppen geben, welche am Ende die Ergebnisse ihrer Beratungen im Plenum vortragen. Helmut Scholz als Kandidat für das Europäische Parlament hat sein Kommen bereits zugesagt. Weitere Politiker\_innen der LINKEN sind angefragt.

Beginn der Veranstaltung wird 10 Uhr sein. Das Ende ist für ca. 16 Uhr geplant. Alle Interessierten sind jetzt schon herzlich eingeladen mitzumachen und mitzudiskutieren.

*Björn Griese*

## Liebe Luise Wunrau,

ich danke dir für deine Unterstützung für das linke Ferienlager in diesem Jahr. Durch deine Spende wird ein weiteres Kind, dessen Eltern die Kosten für eine erlebnisreiche Ferienwoche nicht tragen können, wundervolle Ferientage erleben.

*Herzlichen Dank  
Simone Oldenburg*

## Glückwünsche

Der Kreisvorstand der LINKEN Nordwestmecklenburg gratuliert allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes sehr herzlich, die im März und April 2014 Geburtstag hatten und haben.

Ganz besonders herzliche Glückwünsche gehen an unseren Genossen Alfred Appelt zum 91. Geburtstag. Genossin Else Barz gratulieren wir zum 88. und Genossen Ernst



Hahn wünschen wir alle Gute zum 87. Auf 85. Jahre blickt Genosse Wilfried Kropp zurück und zum 83. gratulieren wir Genossen Lutz Tannhäuser. Zum 81. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an Genossin Anita Horn. Den 70. Geburtstag begehen Genossin Doris Hildebrandt und Genosse Dieter Großmann und zum 65. gehen herzliche Glückwünsche an Genossin Gerda Stripp sowie an die Genossen Peter Weise und Günter Bütow.

Herzliche Glückwünsche erhalten auch Genossin Sylvia Wittenbecher zum 55. sowie Genossin Sandra Montag zum 40. Geburtstag.

**Wir wünschen ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit, und danken ihnen für ihre langjährige aktive Parteiarbeit.**

**„Im Alter gibt es keinen schöneren Trost, als dass man die ganze Kraft seiner Jugend Werken einverleibt hat, die nicht mit altern.“**  
Schopenhauer

## Es geschah vor 75 Jahren

Im Hof der Hauptfeuerwache in Berlin-Kreuzberg wurden am 20. März 1939 nach offizieller Verlautbarung 1004 Gemälde und 3825 Grafiken verbrannt, die von den Nationalsozialisten als „Entartete Kunst“ diffamiert wurden. Davon zeugt ein Denkmal (Foto unten) an diesem Ort.



Künstler, deren Werke nicht den nationalsozialistischen Idealen entsprachen, die Kommunisten oder Juden waren, wurden verfolgt. Die Nationalsozialisten belegten sie mit Berufs- und Malverboten, ließen ihre Kunstwerke aus Muse-

en und öffentlichen Sammlungen entfernen, konfiszierten „Entartete Kunst“, zwangen Künstler zur



Ernst-Barlach, Magdeburger Ehrenmal

Emigration oder ermordeten sie.

Darunter waren viele bekannte Künstler, wie Ernst Barlach, Käthe Kollwitz, Otto Dix, George Grosz, Paul Klee, Paula Modersohn-Becker und viele andere, die man noch heute kennt. Viele der betroffenen Künstler sind jedoch in Vergessenheit geraten.

*Von Sonja Bahlk*